



Das WZB in den Medien Nr. 63/2019

17. Juni 2019

Printmedien

„Geringe Effekte“

Michael Zürn erwähnt in: Frankfurter Rundschau, 15. Juni 2019

„Kurz vor dem Bankrott“

Wolfgang Merkel zitiert in: DIE WELT, 17. Juni 2019

„Kann man die Grünen noch kritisieren?“

Wolfgang Schroeder zitiert in: Der Tagesspiegel, 15. Juni 2019

„Schroeder sieht Hessen nicht überstrapaziert“

Wolfgang Schroeder zitiert in: Fuldaer Zeitung, 17. Juni 2019

„Müssen jetzt alle in die Grube?“

Dieter Rucht zitiert in: die tageszeitung, 15. Juni 2019

„Wo bitte geht's nach oben?“

Christian Ebner und Martin Ehlert erwähnt in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 16. Juni 2019

Online-Medien

[„So sieht eine erfolgreiche Zukunft der SPD aus“](#)

Beitrag von Wolfgang Merkel in: tekk.tv, 14. Juni 2019

[„Aus dem Gleichgewicht“](#)

Beitrag von Wolfgang Merkel in: Zeit Online, 17. Juni 2019

Hörfunk/Fernsehen

„Klimawandel und Verkehr: Wie schädlich sind Autos und Flugzeuge?“

Interview mit Andreas Knie: NDR Doku, 27. Mai 2019

(ab Minute: 03:11)

„E-Roller vor dem Start“

Interview mit Andreas Knie, NDR, 13. Juni 2019

(ab Minute: 03:12)

Seite: 32
Ressort: Feuilleton
Rubrik: FR Deutschlandausgabe
Ausgabe: Frankfurter Rundschau Deutschlandausgabe, Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Nummer: 137
Auflage: 18.839 (gedruckt) 16.998 (verkauft)
 18.475 (verbreitet)
Reichweite: 0,058 (in Mio.)

Geringe Effekte

Bietet der Katholizismus einen Schlüssel, um die Erfolge der rechtspopulistischen Parteien in Europa zu verstehen? Von Detlef Pollack

Als der italienische Innenminister Matteo Salvini am 18. Mai 2019 auf dem Treffen der rechtspopulistischen Führer Europas - unter ihnen Jörg Meuthen und Marine Le Pen - vor dem Mailänder Dom den Schutz der heiligen Patrone Europas und der Jungfrau Maria anrief, brandete in der Masse enthusiastischer Beifall auf. Den Rosenkranz in die Luft reckend, erklärte Salvini, er vertraue Italien dem unbefleckten Herzen der Heiligen Jungfrau Maria an, die seiner Partei - da sei er sicher - in den anstehenden Europawahlen den Sieg bringen werde. Die Anrufung Gottes und der Heiligen hat in der Politik in den katholischen Ländern Europas eine lange Geschichte. Immer wieder haben katholische Parteiführer in Europa Gott öffentlich um die Unterstützung ihrer Arbeit, um den Schutz ihres Heimatlandes und die Errettung ihres Volkes gebeten. Das war auch vor 450 Jahren schon so. Vor der Seeschlacht von Lepanto im Jahr 1571 riefen Philipp II. von Spanien, Papst Pius V. und Don Juan de Austria Gott und die Jungfrau Maria um Hilfe gegen die Muslime an und forderten die Katholiken auf, den Rosenkranz zu beten. Obwohl die Heilige Liga militärisch unterlegen war, gewann sie die Schlacht. Zum Dank wurde ein Jahr später das Rosenkranzfest eingeführt, das die katholische Kirche bis heute feiert. Bietet also vielleicht der Katholizismus einen Schlüssel, um die Erfolge der rechtspopulistischen Parteien in Europa zu verstehen? Nachdem in den Sozialwissenschaften Zweifel an einem ökonomischen Erklärungsansatz, der auf soziale Ungleichheit, Bildung und Arbeitslosigkeit abhebt, in letzter Zeit lauter geworden sind, gewinnen inzwischen Konzepte an Bedeutung, die identitätspolitische Fragen, Fragen der Anerkennung, von Selbst- und Fremdbildern, Exklusionserfahrungen und Selbstbehauptungsbestrebungen, also kulturso-

ziologische Fragen in den Mittelpunkt rücken. Lässt sich in letzter Zeit nicht in der Tat beobachten, dass sich die heftigsten sozialen Konflikte in den Industriestaaten weg von ökonomischen Verteilungsfragen hin zu kulturellen und damit auch zu religiösen Spannungslinien verlagern?

Auf den ersten Blick spricht einiges für diese Überlegung, die von Sozialwissenschaftlern wie Diana Mutz in den USA, Michael Zürn in Deutschland oder auch David Goodhart in Großbritannien angestellt wird. Die Rechtspopulisten konnten bei der Europawahl in katholisch geprägten Ländern beachtliche Erfolge einfahren. In Polen mit einem katholischen Bevölkerungsanteil von 90 Prozent kam die national-konservative PiS auf 45,4 Prozent, das pro-europäische Bündnis hingegen nur 38,5 Prozent. In Frankreich erreichte der "Rassemblement National" (früher Front National) 23,3 Prozent und damit mehr als Macrons En Marche. In Italien erzielte die rechtspopulistische Lega Nord mit ihrer Anti-Flüchtlingspolitik 34,3 Prozent - ein Resultat, für das Salvini prompt der Heiligen Jungfrau dankte. Auch in Deutschland tritt einem die religiöse Färbung der Konflikte um Rechtspopulismus, Immigration und Nationalbewusstsein unmittelbar entgegen. Wurden in den 1960er und 1970er Jahren die aus der Türkei, Marokko und Tunesien stammenden Migranten als Gastarbeiter bezeichnet und 20 Jahre später als Türken, Marokkaner und Tunesier, so spricht man sie heute als Muslime an. Die Abgrenzungsrhetorik der AfD hat im Islam ihren Hauptgegner gefunden. Und was die Partei sich gegenüber der "Moslemflut" vorgenommen hat, ist nichts weniger als die Verteidigung des "christlichen Abendlands".

Auf den zweiten Blick sind die Verhältnisse allerdings doch komplizierter, und vor allem sind sie in jedem Land ver-

schieden. Schon das relativ schwache Abschneiden der rechtspopulistischen Vox im mehrheitlich katholischen Spanien (6,2 Prozent) und die geringe Bedeutung der rechts-konservativen Parteien in Kroatien, wo die Katholiken einen noch größeren Bevölkerungsanteil stellen als in Spanien, sprechen gegen die Annahme eines engen Zusammenhangs zwischen Katholizismus und Rechtspopulismus. Erst recht wird diese Annahme fraglich, wenn wir auf Ostdeutschland schauen, wo die AfD in allen Ländern zumindest zur zweitstärksten Partei avancierte und der Anteil der Katholiken nicht mehr als vier Prozent ausmacht.

Auch in Italien trägt der erste Anschein. Papst Franziskus hat die nationalen Regierungen der Welt, unter ihnen auch Italien, wiederholt dazu aufgefordert, ihre Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen. Salvini fragte trotzig zurück, wie viele Flüchtlinge eigentlich der Vatikan aufgenommen habe. Auf religiöse Symbole wie den Rosenkranz wollen die Rechtspopulisten in dem hochkatholischen Italien gleichwohl nicht verzichten. Doch auch hier hält der Vatikan dagegen, und der Kardinal-Staatssekretär wies Salvini zurecht und erklärte, Gott sei für jedermann da. Es sei stets "sehr gefährlich", Gott für die eigenen Interessen anzurufen.

Anders liegen die Verhältnisse in Ungarn. Auch dort folgt die katholische Kirche nicht einfach bedenkenlos der Flüchtlingspolitik Viktor Orbáns, auf der dessen Wahlerfolge im Wesentlichen beruhen. Auf der einen Seite billigte die ungarische Bischofskonferenz die staatlichen Maßnahmen gegen die Einwanderung der Flüchtlinge, auf der anderen Seite sprach sie sich aber auch dafür aus, den Bedürftigen zu helfen. Im Unterschied zu Italien hat die katholische Kirche in Ungarn aufgrund der weit vorangeschrittenen Entkirchli-

chung jedoch nur geringe Unterstützung in der Bevölkerung und muss sich daher diplomatisch verhalten. Sie ist finanziell abhängig von staatlichen Leistungen und kann es sich schlichtweg nicht leisten, offen gegen Orbán aufzutreten.

Wieder anders sieht es in Frankreich aus, wo der öffentliche Diskurs seit dem 19. Jahrhundert durch den polarisierenden Konflikt zwischen einem laizistisch-republikanischen und einem konservativ-katholischen Lager geprägt ist und Le Pen stets für einen demonstrativen Laizismus eintrat, den es gegen die Gefahr der Islamisierung Frankreichs zu verteidigen gelte.

Selbst die Situation in Polen bedarf einer differenzierteren Betrachtung. Der höhere Klerus der katholischen Kirche steht zwar klar an der Seite der national-konservativen PiS. Aufgrund der Kindesmissbrauchsfälle, die die öffentliche Diskussion stark bestimmen, ist die katholische Kirche jedoch in die Defensive geraten. Sie sucht die Unterstützung der regierenden PiS, so wie diese sich durch ihre enge Beziehung zur Kirche Wahlkampfhilfe verspricht. Doch die antiklerikalen Kräfte, die es in Polen seit langem gibt und einen unmittelbaren Ausdruck der Übermacht der katholischen Kirche darstellen, erhalten immer mehr Zuspruch. Die Beteiligung an den Gottesdiensten geht zurück, insbesondere unter den Jugendlichen und in den Großstädten. Vor kurzem zog ein Film mit dem Titel "kler" (Klerus), der die Sexualdelikte der Priester zum Thema machte, vier Millionen

Zuschauer an und wurde zum dritterfolgreichsten Film seit dem Fall des Kommunismus. Es bleibt abzuwarten, welche Dynamik der Antiklerikalismus in nächster Zeit in Polen entfalten wird. Im Wesentlichen lassen sich im Verhältnis von Katholizismus, Staat und Politik drei Muster erkennen. Da ist einmal der weit in die Vergangenheit zurückreichende Konflikt zwischen Katholizismus und Laizismus bzw. katholischer Kirche und säkularem Staat, wie er für Frankreich typisch ist. Zum zweiten haben wir es mit einem Katholizismus zu tun, der wie früher im diktatorischen Spanien oder im faschistischen Italien eine Allianz mit den herrschenden politischen Kräften eingeht, was ihm kurzfristig Vorteile verschafft, sich langfristig aber eher als verhängnisvoll erweist (wie inzwischen in Spanien und möglicherweise jetzt auch in Polen). Wenn wir an Irland oder Polen bis zum Kollaps des Staatssozialismus denken, gibt es aber auch noch den Fall, dass die katholische Kirche in Abwehr von Fremdmächten (das Vereinigte Königreich, Russland) eine enge Verbindung mit den politischen und sozialen Interessen der Bevölkerung eingeht und zum Sammelpunkt der Behauptung nationaler Identität wird - oft verbunden mit dem Entwurf nationaler Mythen wie in Polen etwa dem vom westlichen Bollwerk gegen die russische Orthodoxie. Und wie ist die Lage in Deutschland? Für Deutschland können die meisten vorliegenden Untersuchungen keinen klaren Zusammenhang zwischen Konfession und Rechtspopulismus feststel-

len. Auf der einen Seite werden ablehnende Haltungen gegenüber Muslimen und Nationalismus durch religiösen Dogmatismus befördert, auf der anderen können Glaube an Gott und Kirchengang gegenüber rechtspopulistischen Einstellungen aber auch als Puffer wirken. In jedem Falle sind die Effekte äußerst gering.

Im Großen und Ganzen erweist sich der Katholizismus sowie die Religion überhaupt also als funktional ambivalent. Wie vielfältig die Wirkung des Religiösen sein kann, lässt sich übrigens selbst in Polen erkennen, wo kürzlich eine Aktivistin der LGBTQ Community auf der Straße mit einem Poster protestierte, auf dem der Heiligenschein der Jungfrau Maria in Regenbogenfarben abgebildet war. Eine enge Verbindung von Katholizismus und Rechtspopulismus macht religiöse Symbole offenbar auch für Anliegen benutzbar, die die Rechtspopulisten gerade bekämpfen.

Keine klaren Rückschlüsse auf die Konfession
ZUR PERSON
Detlef Pollack,
Jg. 1955, ist Professor für Religionssoziologie am Exzellenzcluster Religion und Politik der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Der Beitrag führt die kontroverse Diskussion weiter, die unter FR-Lesern durch den Artikel "Vaterland unser" (FR v. 31. Mai) ausgelöst wurde .

Abbildung: Der Rosenkranz wurde zuletzt im EU-Wahlkampf in Italien politisch instrumentalisiert. epd
Wörter: 1335
Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt am Main

Autor: Susanne Gaschke
Seite: 5 bis 5
Ressort: POLITIK
Rubrik: Politik
Seitentitel: DWBE-HP
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Jahrgang: 2019
Nummer: 138
Auflage: 97.669 (gedruckt) 92.874 (verkauft)
 93.735 (verbreitet)
Reichweite: 0,512 (in Mio.)

Kurz vor dem Bankrott

Jüngste Wahlergebnisse zeigen: Die SPD hat den Kontakt zur Basis verloren. Wie geht es nach dem Nahles-Rücktritt weiter? Ein Szenario erscheint besonders realistisch

Susanne Gaschke

Die soziologische Theorie des "symbolischen Interaktionismus" lässt sich in einem einfachen Satz zusammenfassen: Wenn die Leute sagen, du bist pleite, dann bist du pleite. Für die SPD scheint diese Theorie zuzutreffen. In einer aktuellen Forsa-Umfrage liegt sie bei elf Prozent und damit bundesweit hinter Grünen, CDU/CSU und AfD auf Platz vier. "Die SPD ist keine Volkspartei mehr", sagt **Wolfgang Merkel**, Direktor am **Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung** - und selbst Sozialdemokrat: "Sie muss endlich aufhören, so zu tun, als wäre sie es noch."

Für Merkel ist die SPD gegenwärtig vor allem auf eines spezialisiert: Wahlen zu verlieren. Galt das Europawahlergebnis von knapp 16 Prozent als katastrophal, so scheint es inzwischen noch unterbietbar. Die Sozialdemokraten erreichen keine jungen Wähler mehr, und auch bei den Frauen und den wenigen verbliebenen Arbeitern sieht es schlecht aus. Eine Austrittswelle unterspült die Partei: Zuletzt sank die Mitgliederzahl auf unter 440.000 Genossen. Nun könnte man sagen: Immerhin gibt es noch knapp 438.000 Mitglieder, dazu arbeitsfähige Fraktionen im Deutschen Bundestag und in 16 Landtagen, sieben SPD-Regierungschefs, Beteiligungen an elf Landesregierungen und der Bundesregierung, viele Oberbürgermeister und Landräte deutschlandweit, ein beachtliches Parteivermögen. Noch also gibt es für die Partei vieles, um das es sich zu kämpfen lohnt.

Mit ihrem Rücktritt am 2. Juni als Partei- und Fraktionsvorsitzende reagierte Andrea Nahles auf den innerparteilich gestiegenen Druck. Dieser war nach den desaströsen Ergebnissen bei der Europa-

und der Bürgerschaftswahl in Bremen schlicht zu groß geworden. Doch das Partei-Establishment nutzte Nahles' von vielen als aufrecht empfundene Entscheidung nicht, um wieder in die Offensive zu kommen. Niemand wagte sich aus der Deckung, niemand erhob und begründete seinen Führungsanspruch. Stattdessen etablierte der Parteivorstand mit den beiden Ministerpräsidentinnen Malu Dreyer (Rheinland-Pfalz) und Manuela Schwesig (Mecklenburg-Vorpommern) sowie dem hessischen Landesvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel ein kommissarisches Führungstrio, und die Funktionäre stürzten sich umgehend wieder in ihr Lieblingsspiel: Personaltableaus auszukungeln, potenzielle Konkurrenten zu beschädigen und Verfahren zu debattieren. Doppelspitze? Regionalkonferenzen? Mitgliederbefragung? Müssen Bewerber für den Parteivorsitz von Ortsvereinen oder Bezirken nominiert werden? Und was geschieht, wenn jemand erst auf dem formal in jedem Fall nötigen Parteitag spontan seine Kandidatur erklärt?

Der aktuelle Stand der Dinge: Da in der zerrütteten Partei gegenwärtig diejenigen am meisten Ansehen genießen, die nichts für sich selbst zu wollen scheinen, könnte ein Nahles-Nachfolgeszenario so aussehen: Fraktionsvorsitzender bleibt der zunächst interimistisch eingesetzte Rolf Mützenich aus Nordrhein-Westfalen; Parteivorsitzender wird Ministerpräsident Stephan Weil aus Niedersachsen. Damit wären die beiden großen Landesverbände, die wesentlich zu Nahles' Sturz beitrugen, jeweils zufriedengestellt. Das Problem: Es wären dann zwei Männer in den Spitzenämtern der SPD. Dieses Quotenver-

gehen ließe sich aber durch eine "Doppelspitze" im Parteivorsitz abmildern: Dem 60-jährigen Weil könnte eine junge Frau zur Seite gestellt werden, zum Beispiel die ehemalige Juso-Bundesvorsitzende Johanna Uekermann aus Bayern. Mit der linken Genossin hätte man ganz nebenbei auf elegante Weise Kevin Kühnert verhindert, was vielen etablierten Funktionären eine Herzensangelegenheit zu sein scheint.

Für die Plausibilität dieses Szenarios sprechen manche Gerüchte - und Indizien wie zum Beispiel das demonstrative Abwinken des niedersächsischen Bundesministers Hubertus Heil, der ebenso demonstrativ seinen Favoriten für den Parteivorsitz "noch" nicht nennen wollte. Oder die etwas unmotiviert russlandfreundlichen Töne Weils, der im Augenblick ja gar nichts Außenpolitisches sagen müsste, wenn er nicht nach Höherem streben würde und deshalb Absicherung in traditionslinken Parteiströmungen brauchte. In Partei und Bevölkerung käme eine neue Sanftheit gegenüber Russland wahrscheinlich gar nicht schlecht an - aber ist sie der Glaubwürdigkeit der SPD zuträglich? Oder äußert sich darin genau jenes "rein taktische" Verhalten, vor dem der heutige Vizekanzler Olaf Scholz im Oktober 2017, nach der verlorenen Bundestagswahl, eindringlich warnte? Sein Weckruf-Papier von damals trägt übrigens den Titel "Keine Ausflüchte!" Es bewirkte: nichts.

Von Ostfriesland bis Bayern, von Mecklenburg-Vorpommern bis Baden-Württemberg reicht der Frust an der Basis. Viele Mitglieder wünschen sich den Rücktritt des gesamten Parteivorstandes. Wie konnte es zu dieser dramatischen Entfremdung zwischen Partei und Wäh-

lern einerseits sowie zwischen Basis und Führung andererseits kommen? Die Parteiführung weiß seit Langem, dass ihr die Bodenhaftung abgesprochen wird. Nach dem Debakel bei der Bundestagswahl 2017 beauftragte der damalige Vorsitzende Martin Schulz eine Arbeitsgruppe mit der schonungslosen Analyse des historisch schlechten Wahlergebnisses von 20,5 Prozent. Unter dem Titel "Aus Fehlern lernen" veröffentlichte diese Gruppe eine 100-seitige Bestandsaufnahme. Darin wird der Zerfall der SPD in drei Schichten beschrieben: erstens Bundesführung, zweitens Funktionäre in Landesregierungen und SPD-Landesvorständen - und drittens Basis. "Das zweifelnde Gefühl, die da oben können es nicht, hat sich wie ein Virus ausgebreitet", heißt es in dem Papier. Und weiter: "Die Gilde der FunktionärInnen hat sich weit entfernt von der Sicht der Basismitglieder." Das Analysepapier war eine Warnung vor einer Instrumentalisierung der Mitglieder durch die Führung zum Zwecke des eigenen Machterhaltes: "Die Parteiführung sollte sich vor Pseudobeteiligung und vor nur vermeintlich ergebnisoffenen Debatten hüten." Doch seit der

Bundestagswahl hat die Führung genau das Gegenteil getan: ein letztlich folgenloses "Debattencamp" veranstaltet und in der aktuellen Führungskrise per E-Mail persönliche Rettungsvorschläge von 25.000 Mitgliedern eingesammelt, von denen niemand weiß, was damit anzufangen ist. Selbst wenn es Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses gelingen sollte, sie sinnvoll auszuwerten - worauf stützt sich die Hoffnung, dass der Parteivorstand darauf konstruktiver reagiert als auf das "Fehler"-Papier selbst? Er zog ja auch in der Vergangenheit nie Konsequenzen, weder nach der Bundestagswahl 2017 noch nach der Kehrtwende zur Regierungsbeteiligung 2018. Ändert sich das nach dem Europawahl-Debakel und dem Nahles-Rücktritt? Für Sachsen-Anhalts SPD-Landeschef Burkhard Lischka kommt es nun darauf an, dass seine Partei nicht auf "seitenlange Kompromisspapiere" setze, sondern "zentrale Fragen" kläre. "Die Tendenz, solche grundsätzlichen Klärungen nicht herbeizuführen, um bloß niemanden zu verprellen, hat unsere Konturen in manchen Bereichen bis zur Unkenntlichkeit verwässert", sagte der Innenexperte auf WELT-Anfrage.

Ein Problem bei der unklaren Ausrichtung der Partei ist auch der Vorstand, der zwar die politische Verantwortung für das Schicksal der Partei verwaltet, aber noch immer durch den 2017 zurückgetretenen Vorsitzenden Sigmar Gabriel geprägt ist.

Mit dem Slogan "Europa ist die Antwort" wollte die SPD in die "offensten und härtesten Auseinandersetzungen" des EU-Wahlkampfes gehen - so stand es zumindest im "Mission-Statement" des verantwortlichen Werbers Frank Stauss. Am Ende gab es dafür 15,5 Prozent der Stimmen. Nur ein Beispiel für eine zuletzt vollkommen an der Basis vorbeikommunizierenden Partei.

Der kommissarische Parteivorsitzende Schäfer-Gümbel, dem es im Jahr 2008 immerhin gelang, einen tiefen Riss in der hessischen SPD zu kitten, räumt ein, dass sich die Partei "in einem sehr schweren Fahrwasser" befinde. Er sagt: "Der Grat zwischen der Position 'keine Schnellschüsse' und dauerhafter Selbstbeschäftigung ist schmal."

Die Autorin ist SPD-Mitglied und war von 2012 bis 2013 Oberbürgermeisterin von Kiel

Fotograf: Bloomberg/ Krisztian Bocsi
Fotograf: Krisztian Bocsi
Wörter: 1074
Urheberinformation: (c) Axel Springer SE

Autor: Cordula Eubel, Stephan Haselberger und Hans Monath
Seite: 1
Ressort: Titel
Rubrik: Titel
Weblink: tagesspiegel.de

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 88.119 (gedruckt) 103.206 (verkauft) 107.340 (verbreitet)
Reichweite: 0,238 (in Mio.)

Kann man die Grünen noch kritisieren? Interims-SPD-Chef Schäfer-Gümbel

hat der Klimaschutz-Partei harte Vorwürfe gemacht und Parallelen zur AfD gezogen. Dann erschrak er über sich selbst.

Von Cordula Eubel, Stephan Haselberger und Hans Monath

Berlin - Selten hat eine Partei den öffentlichen Diskurs derart dominiert wie derzeit die Grünen: Als Kämpfer für einen konsequenten Klimaschutz eilen sie von einem Umfragerekord zum nächsten - und kein Kritiker kann sie stoppen. Ihr hehres Ziel schützt die Öko-Partei und ihre Vorsitzenden Robert Habeck und Annalena Baerbock offenbar zuverlässig vor allen Vorhaltungen. Wer die Grünen angreift, landet schnell selbst in der Defensive.

Das musste nun auch der SPD-Übergangsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel erleben. Er geriet am Freitagmorgen in den sozialen Netzwerken schwer unter Druck, weil er den Grünen im Tagesspiegel Vorwürfe gemacht hatte.

Was Schäfer-Gümbels Kritiker auf Twitter und Facebook in Rage brachte: Der Sozialdemokrat zog in dem Interview Parallelen zwischen Grünen und AfD. Wörtlich sagte er: „Die Grünen versuchen im Moment alles Elend dieser Welt zu reduzieren auf die Frage des Klimawandels. Das halte ich für falsch.“ Schäfer-Gümbel fügte hinzu: „Die AfD erklärt die Migrationsfrage zum Übel der Welt. Auch das halte ich für grundfalsch.“ Beides verkürze Politik in „grotesker Weise“. Die soziale Frage sei den Grünen „schnurzegal“, sie seien in politischen Prozessen eher „autoritär“.

Damit sprach Schäfer-Gümbel aus, was viele in seiner Partei insgeheim denken, aber nicht öffentlich sagen wollen. Sein Interview war einer der wenigen Versuche von Politikern der SPD, die Grünen frontal anzugreifen. In seiner Partei halten einige die Attacke für womöglich

überzogen, aber im Grundsatz für richtig. Viele Sozialdemokraten würden sich aus Angst vor negativen Reaktionen gegenwärtig nicht trauen, Defizite der Ökopartei öffentlich hart zu benennen, hieß es.

Tatsächlich genießen die Grünen den Rückenwind einer machtvollen Bewegung. Laut einer Umfrage des Instituts Kantar Public halten 53 Prozent der Deutschen den Klimawandel für die Herausforderung mit dem größten Handlungsbedarf für die internationale Politik. Seit sechs Monaten protestieren zudem Hunderttausende Jugendliche bei „Fridays for Future“. Auch Wissenschaftler und Industrielle äußern Sympathie.

Bei der Europawahl zeigte das Wirkung: Die Grünen verwiesen die SPD Ende Mai erstmals bei einer bundesweiten Wahl auf den dritten Platz. Als wesentlicher Grund dafür gelten in der SPD die eigenen Defizite in der Klimaschutzpolitik. Allerdings ist die SPD auch in der Zwickmühle, denn im Osten, wo im Herbst in Brandenburg, Sachsen und Thüringen gewählt wird, ist engagierter Klimaschutz nicht unbedingt ein Gewinnerthema. So macht der Ausstieg aus der Kohle den SPD-Wahlkämpfern in Brandenburg schwer zu schaffen.

Während die Grünen bei der Klimaschutzpolitik klare Kante zeigen können und dafür in den Umfragen belohnt werden, muss die SPD also einen schmerzhaften Spagat aushalten. Auch das dürfte Schäfer-Gümbel zu seiner scharfen Attacke auf die Grünen im Tagesspiegel bewegt haben. Doch schon bald ruderte der SPD-Interimschef

zurück. Schon am Freitagmorgen versicherte er auf Twitter, dass er die Ökopartei im Gegensatz zur AfD schätze. „Manchmal gibt man ein Interview und ist am nächsten Morgen erschrocken über die Überschrift und die Kritik daran. Genau das ist mir heute passiert“, erklärte er und fügte hinzu: „Zur Klarstellung: @Die_Gruenen sind in meinen Augen eine wichtige politische Kraft.“

Ex-Umweltminister und Grünen-Urgestein Jürgen Trittin befand gleichwohl, die „verzweifelte Suche der SPD nach einem Ausweg aus der selbstverschuldeten Misere“ sei grotesk. Die SPD versuche sich in „faktenfreiem Gelaber“.

Nach Ansicht des Politikwissenschaftlers **Wolfgang Schroeder** vom **Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)** liegt Schäfer-Gümbel aber nicht ganz falsch. Zwar seien Grüne und AfD „natürlich ganz unterschiedlich“, sagte Schroeder, der selbst Sozialdemokrat ist. Beide Parteien wiesen „aber eine strukturelle Ähnlichkeit auf, weil beide Projektionsflächen für unterschiedliche gesellschaftliche Lager sind“. Außerdem sei die Diskrepanz riesig zwischen der Wertschätzung für die Grünen „und ihrer Fähigkeit, ihre Klimaschutzziele mit wirtschaftlichen und sozialen Belangen hinreichend belastbar zusammenzudenken“.

Dass man mit Kritik an den Grünen schnell Empörung auslöst, hat vor Schäfer-Gümbel bereits FDP-Chef Christian Lindner gemerkt. Er sprach von einer „Überreizung“ in der Klimadebatte und unterstellte, die Grünen wollten den Leuten das Schnitzel verbieten. Auch

Sachsens Ministerpräsident, der Christdemokrat Michael Kretschmer, sah sich heftigem Gegenwind ausgesetzt, nachdem er Grüne und AfD beschuldigt hatte, in Deutschland „politische Hysterie“ zu verbreiten. Den Grünen haben diese Angriffe nicht geschadet.
Fotos: Hendrik Schmidt/dpa, Reiner Zensen/imago

Wörter: 659

Urheberinformation: Tagesspiegel

Seite: 5
Rubrik: Thema
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 26.773 (gedruckt) 24.949 (verkauft)
 25.971 (verbreitet)

Standpunkt

Keine Titelangabe

Arnim pocht auf Reform

des Wahlgesetzes

Der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim (80) hält eine Reform des Wahlgesetzes in Hessen für dringend erforderlich. Das Anwachsen des Landtags wegen zahlreicher Überhang- und Ausgleichsmandate um 27 auf 137 Abgeordnete erschwere deutlich die Willensbildung im Parlament, sagt der pensionierte Professor der Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. "27 zusätzliche Mandate sind für die vom Landtag zu erfüllenden Aufgaben überflüssig und funktionswidrig. Es handelt sich um einen drastischen Fall von öffentlicher Verschwendung." Die Reform des Wahlrechts müsse "unbedingt in Angriff genommen werden", mahnt der Parteienrechtler, auch wenn viele Abgeordnete dadurch die Chance ihrer späteren Wiederwahl minderten. "Sonst wäre es ein Beleg dafür, dass die Eigeninteressen von Abgeordneten und ihren Parteien dem Gemeinwohl vorgehen." Von Arnim verweist zugleich auf das hessische Wahlrecht, in dem eine Abgeordnetenzahl von 110 genannt wird. Durch zusätzliche 27 Überhang- und Ausgleichsmandate werde dieser Wert aktuell um rund ein Viertel überschritten.

Standpunkt

Rhein will die ausufernden

Debatten straffen

Landtagspräsident Boris Rhein (CDU) will mit einer Reform die ausufernden Debatten im Parlament straffen. "Nach den Erfahrungen der ersten Sitzungen müssen wir feststellen, dass die Beratungszeiten sich deutlich verlängert haben und wir in den Sitzungen nicht einmal annähernd alle Punkte der

Tagesordnung haben abarbeiten können", stellt Rhein fest. "Noch nie zum Beginn einer Wahlperiode gab es so viele Drucksachen und so große Zeitverzögerungen in den Sitzungen." Mit dem Einzug der AfD sind nun sechs Fraktionen im Wiesbadener Parlament vertreten. "Wir schieben schon jetzt einen Berg von Anträgen und anderen Initiativen mit einem Zeitumfang von mehr als zwölf Stunden vor uns her", erklärt Rhein. "Ein Thema einmal zu verschieben, kann schon einmal passieren. Aber bei längeren Verzögerungen verlieren die Initiativen ihre Aktualität." Teilweise seien noch Anträge auf der Tagesordnung, die im Januar und Februar eingereicht wurden. "Die Folgerung daraus ist, dass wir dringend über notwendige strukturelle Änderungen der Tagesordnung oder auch einen weiteren Plenartag in den Sitzungswochen sprechen müssen", sagt der ehemalige Innen- und Wissenschaftsminister. "Einen zusätzlichen Plenartag haben wir zum Abräumen der Tagesordnung vorsorglich schon für den Dezember 2019 und ein paar Termine im nächsten Jahr vorgesehen. Aber auch das wird nicht ausreichen." Es gebe verschiedene Möglichkeiten, die Struktur der Tagesordnung des Landtags zu verändern. "Wir können Redezeiten verkürzen", sagt Rhein. "Um Debatten interessanter und abwechslungsreicher zu gestalten, könnten wir auch neue Debattenformen der Rede und Gegenrede bei kürzeren Redezeiten einführen." "Solche Änderungen an der Struktur der Tagesordnung sollten wir einvernehmlich vereinbaren", betont der seit Beginn der neuen Legislaturperiode amtierende Landtagspräsident. "Ich werde hier auf die Fraktionen zugehen und Vorschläge machen", kündigt der 47-Jährige Christdemokrat an.

Standpunkt

Schroeder sieht Hessen

nicht überstrapaziert

Der hessische Landtag ist nach Einschätzung des Politikexperten **Wolfgang Schroeder** (59) trotz seiner neuen XXL-Größe nicht in seinen Abläufen eingeschränkt. "Das Parlament ist aus gutem Grund auf eine bestimmte arbeitsfähige Struktur zugeschnitten, von der man annimmt, dass sie sowohl der Leistungsfähigkeit, dem Austausch und der Effizienz entspricht, aber auch die Wählerschaft repräsentiert", sagt der Kasseler Politikprofessor. "Allerdings kann man bei der derzeitigen Zahl von 137 Abgeordneten in Hessen - statt 110 - nicht sagen, das funktioniert nicht. Es kann nur sein, dass es etwas länger dauert." Hessen sei in keiner Weise überstrapaziert. Das Bundesland liege im deutschlandweiten Vergleich bei der Größe vermutlich im Mittelfeld. Das Landesparlament von Sachsen etwa habe 126 Abgeordnete, die vier Millionen Einwohner repräsentierten, also zwei Millionen weniger als Hessen. Berlin habe 160 Parlamentarier (3,5 Millionen Einwohner), Hamburg 121 (1,7 Millionen Einwohner). "Ich erwarte eine zunehmende Diskrepanz von Erst- und Zweitstimme, dadurch wird es mehr Direktmandate der großen Parteien geben und das führt dann zu mehr Überhang- und Ausgleichsmandaten", erklärt Schroeder. "Dies ist auch ein Ergebnis einer Fragmentierung und Polarisierung der Parteienlandschaft." Diesen Mechanismus könne man durchbrechen, indem man die Zahl der Direktmandate verringert durch größere Wahlkreise. "Das ergibt jedoch wieder Probleme bei der Repräsentation, weil ein Abgeordneter für einen größeren Kreis an Einwohnern zuständig ist", meint Schroeder. Die CDU dürfte aber "am wenigsten Interesse an einer Lösung haben, bei der es weniger Direktmandate gibt".

Autor: Kersten Augustin [kau]/ Simon Wörz
Seite: 8 bis 9
Ressort: Schwerpunkt
Seitentitel: reportage
Mediengattung: Tageszeitung
Weblink: <http://www.taz.de/!5600358/>

Jahrgang: 41
Nummer: 11957
Auflage: 50.053 (gedruckt) 49.953 (verkauft)
51.106 (verbreitet)
Reichweite: 0,225 (in Mio.)

Müssen jetzt alle in die Grube?

Kurz vor den Sommerferien steht die Klimabewegung vor dem Höhepunkt des Jahres: Fridays for Future ruft zu einer zentralen Demo in Aachen auf, Ende Gelände mobilisiert nebenan zu Blockaden im Braunkohlerevier. Radikalisieren sich jetzt die Schüler*innen?

Aus Berlin und Hannover **Kersten Augustin** und **Simon Wörz**

An einem kalten Herbstsonnabend vor einer halben Ewigkeit, als Luisa Neubauer noch eine unbekannte Geografiestudentin aus Göttingen ist, rennt Nike Mahlhaus in einem weißen Maleranzug auf eine Polizeikette zu. Ein Strahl Pfefferspray trifft ihr Gesicht, sie rennt weiter, an einem Wasserwerfer vorbei. Den Hügel hoch, dann über die gesperrte Autobahn. Völlig außer Atem erreicht sie das Gleis, das die Kohlekraftwerke von RWE mit dem Tagebau Garzweiler verbindet. Mit etwa 1.000 Aktivist*innen von Ende Gelände blockiert sie über Nacht das Gleisbett, einige ketten sich an.

Ein paar Wochen später, am 14. Dezember 2018, sammeln sich vor dem Landtag in Kiel ein paar hundert Schüler*innen. Es ist die erste Demonstration von Fridays for Future (FFF) in Deutschland. Im Januar organisiert die Zehntklässlerin Lina Haas, 15 Jahre, mit zwei Freundinnen den ersten Schulstreik in Hannover. Es wird eine globale Bewegung. Allein in Hannover gehen vor der Europawahl 12.000 Menschen auf die Straße. Greta Thunberg wird zur Ikone, Luisa Neubauer wird Talkshowgast. Sie verändern Wahlergebnisse und verdrängen die AfD von den Titelseiten.

Was die einen mit radikalen Aktionen in den vergangenen vier Jahren nicht schafften, schaffen die anderen mit braven Demonstrationen. Und trotzdem will Lina Haas jetzt tun, was Nike Mahlhaus im vergangenen Herbst getan hat – und nicht andersherum: „Es reicht nicht mehr, nur auf die Straße zu gehen“, sagt Haas.

Warum nicht? Und was bedeutet das eigentlich für die Zukunft der neuen Klimabewegung?

Am Mittwoch dieser Woche steht Nike Mahlhaus vor einem ehemals besetzten Haus in Berlin-Friedrichshain. Sie wartet auf ihre Mitstreiter*innen der Berliner Ortsgruppe von Ende Gelände, letzte Planungen für die Blockade im rheinischen Braunkohlerevier am kommenden Wochenende. Mit dem neuen politischen Rückenwind hoffen sie auf mehr Teilnehmer*innen als in den vergangenen Jahren. Parallel dazu rufen die Schüler*innen zu einer zentralen Demonstration in Aachen auf. Wenn der Schülerstreik eine „Zubringerdemo“ zu den Protesten von Ende Gelände werden sollte, wie manche sagen, könnten neben erfahrenen Klimaaktivist*innen auch Tausende Jugendliche die Gleise und Kohlebagger blockieren.

Mahlhaus ist 25 Jahre alt, aufgewachsen in einem grünen Haushalt in Baden-Württemberg, autofrei. Politisch aktiv war sie lange nicht – bis sie vor knapp zwei Jahren mit Freund*innen zu ihrer ersten Blockade von Ende Gelände fuhr. Mahlhaus sagt, sie habe dort das erste Mal erlebt, dass man etwas tun kann, mit dem eigenen Körper.

Heute ist sie Sprecherin des Bündnisses, kommentiert in Interviews den Kohlekompromiss, von dem sie nichts hält, spricht nach einer Baggerbesetzung in der Lausitz. Ihr Studium der Sozialwissenschaften, na ja, eingeschrieben ist sie noch. Ihre Mutter sagt, sie solle bitte ihren Abschluss machen.

Nach vielen Jahren der umweltpolitischen Apathie war Ende Gelände eine der ersten linken Bewegungen, die sich des Themas wieder annahm. 2014

schlossen sich verschiedene Umwelt- und Anti-AKW-Gruppen zu Ende Gelände zusammen, 2015 besetzten sie das erste Mal einen Tagebau. Im Vergleich zum Schulstreik ist Ende Gelände ein Fossil, hat aber stets weniger Aufmerksamkeit bekommen. Es gibt einige, die neidisch sind auf die Schüler*innen. Nike Mahlhaus ist das nicht. „Greta und die Schüler*innen haben den Diskurs verschoben, das hätten wir nie geschafft“, sagt sie. „Was heute im Mainstream angelangt ist: sofort raus aus der Kohle, oder auch die letzte Sonntagsfrage: 27 Prozent für die Grünen, das ist der Hammer!“

Die Schülerstreiks und Ende Gelände. Sind sie Konkurrenz? Oder ist das Arbeitsteilung?

Freitag vor Pfingsten, Invalidenpark, Berlin-Mitte. Aus allen Seitenstraßen strömen und radeln bunte Grüppchen mit Plakaten und Fahnen. Vor dem Brunnen der Grünanlage bauen Jugendliche große Lautsprecherboxen auf, aus denen später Tim Bendzko „Muss nur noch kurz die Welt retten“ säuselt. Leute umarmen sich tanzend, man kennt sich mittlerweile. Etwa 800 Menschen, mehrheitlich Schüler*innen, streiken an diesem Vormittag vor dem Pfingstwochenende, gut gelaunt, aufgedreht. Im Hintergrund ruft eine schrille Stimme durch das Mikrofon: „Wer nicht hüpf, der ist für Kohle, hey, hey“, weiter hinten startet eine Wasserschlacht.

Marcel Schieferstein studiert Ernährungswissenschaften in Gießen, in Berlin ist er heute zu Besuch. Seit einigen Monaten geht er sporadisch zu den Demos, er glaubt, dass das allein nicht ausreicht. „Demonstrationen werden dann doch relativ schnell langweilig“,

sagt Schieferstein, grinst und schiebt sich die Brille zurecht.

Schieferstein hat sich deshalb Extinction Rebellion angeschlossen, kurz XR. Ihre Flagge trägt er auf seinem schwarzen Nike-Rucksack. Die Gruppe ist die jüngste unter den neueren Bewegungen, sie entstand in Großbritannien und bedient sich einer 5-nach-12-Rhetorik und zivilen Ungehorsams. Im April blockierten sie stundenlang die Berliner Oberbaumbrücke. Auch Schieferstein war dabei.

Verspielen solche Aktionen nicht Sympathien für die Klimabewegung? „Auch wenn Leute die Blockaden doof finden, setzen sie sich mit unseren Anliegen auseinander. 100 Blockierende bewirken genauso viel wie 10.000 Demonstrierende“, sagt Schieferstein.

Den Konflikt zwischen Anschlussfähigkeit und Radikalität, den Schieferstein beschreibt, konnte man in den vergangenen Wochen auch öffentlich beobachten. Da saß an einem Sonntag Luisa Neubauer im Studio von Anne Will, gut ausgeleuchtet zwischen Norbert Röttgen und Olaf Scholz. Eigentlich sollte es um Klimapolitik gehen, es ging dann aber doch um die Krise der SPD, und Neubauer durfte zwischendurch sagen, dass die Erderhitzung auch wichtig sei. In den sozialen Medien wurde Neubauer für ihren Auftritt zum Teil heftig kritisiert – weil sie sich zur Randfigur habe machen lassen.

Der Bewegungsforscher Dieter Rucht glaubt, dass die Schüler*innenstreiks sich verändern müssen: „Wenn Demos zum Ritual werden, ist das oft langweilig. Und wenn die Medien das Interesse verlieren, kommen auch weniger Teilnehmer.“ Dass am Pfingstwochenende in Berlin nur noch 800 Schüler*innen streikten, bestätigt Ruchts These. Und dann droht noch etwas, worauf sich Schüler*innen normalerweise freuen: Die langen Sommerferien. „Sie könnten sich seltener treffen, oder sie schalten einen Gang höher“, sagt Rucht. Was das heißt? „Da gewaltförmiger Protest wohl keine Option ist, wäre das ziviler Ungehorsam.“

Müssen die Schüler*innen also am kommenden Wochenende mit in die Kohlegrube steigen, um die Sommerferien zu überleben? Der Tagebau am Hambacher Wald könnte für die Klimabewegung dann das werden, was Gorleben für die Anti-Atomkraft-Bewegung war: ein Symbol des Widerstands, ein jährliches Happening.

Aber eine Radikalisierung bedeutet für

eine Bewegung immer auch eine Gefahr. Wird man radikaler, könnten Bilder von Polizeieinsätzen in den Vordergrund rücken und Inhalte in den Hintergrund. Das war auch bei G20 so, erinnert sich der Bewegungsforscher. Er hat es in den Bilderstreifen gesehen, die viele Medien veröffentlicht haben: brennende Autos statt Transparenten. „Nicht nur *Spiegel Online*, auch die taz hat da mitgemacht.“

Trotzdem glaubt Rucht, dass der Schulstreik einen Wandel braucht. „Sie fordern von der Politik nicht mehr als die Umsetzung der beschlossenen Ziele. Das ist für eine Bewegung unglaublich bescheiden“, so Rucht. „Das könnte auch eine Initiative der Jungen Union sein.“ Ende Gelände fordert dagegen den sofortigen Kohleausstieg, und den Kapitalismus wollen sie am liebsten auch mit einem Bagger vergraben.

Am Dienstag dieser Woche hängt Marcel Schieferstein am Gartenzaun des Bundeskanzlerinnenamts. Mit Eisenketten und Vorhängeschlössern haben er und 28 andere Aktivist*innen von Extinction Rebellion sich an die weißen Metallstreben gekettet. Die Schlüssel haben sie per Brief an alle Bundesministerien geschickt, sie fordern, dass die Minister*innen den Klimanotstand ausrufen. Schieferstein hat seine weißen Sneakers ausgezogen, trägt eine schwarze Basecap, es ist heiß. Andere Aktivist*innen reichen den Angeketteten Möhren und Sonnencreme, zusammen wird gesungen. Nach gut zwei Stunden macht die Polizei von einem Bolzenschneider Gebrauch und nimmt Personalien auf. Als Schieferstein befreit wird, entlädt sich das Adrenalin; er streckt die Arme in die Luft, jubelt und verteilt High Fives. Die Kette samt Schloss hängt noch über seinem verschwitzten T-Shirt. „Lass dran, sieht geil aus“, ruft ein Aktivist ihm zu. Marcel ist zufrieden mit seiner ersten Lock-on-Aktion, wie die Gruppe das Anketten nennt: „Wir wollten positive Bilder erzeugen, das haben wir geschafft.“ Fast alle großen Medien berichteten, über 4.000 Menschen verfolgten den Facebook-Livestream.

Kommende Woche fährt Schieferstein zu Ende Gelände. Seine Gruppe mobilisiert nicht zu den Aktionen im Braunkohlegebiet, sie setzen auf bunte Bilder. Auf Polizeiketten zuzurennen, das ist nicht so ihr Ding. Schieferstein fährt trotzdem. Er weiß, dass Ende Gelände nicht den polizeilichen Welpenschutz hat, den Extinction Rebellion genießt.

Die möglichen Konsequenzen, Festnahmen, Wasserwerfer, sind ihm bewusst. „Es ist meine moralische Pflicht.“ Glaubt er, dass Ende Gelände größer wird als in den vergangenen Jahren? „Es muss einfach.“

Nike Mahlhaus dürfte Schiefersteins Antwort freuen. Die Bewegung ist darauf angewiesen, dass bereits politisierte Menschen den nächsten Schritt gehen wollen. Aktionen des zivilen Ungehorsams sind anspruchsvoll, deswegen ziehen sie auch ein homogeneres Publikum an. Wer bei einstelligen Temperaturen mehrere Nächte im Zelt und auf dem Gleisbett übernachtet, ist tendenziell jung, gesund, studentisch, urban. Und Aktionen des zivilen Ungehorsams werden immer wieder juristisch verfolgt, auch das ist für viele abschreckend. Deshalb ist der Schulstreik bisher diverser.

„Wir befruchten uns gegenseitig“, sagt Mahlhaus. Es gebe unzählige Messenger-Gruppen, in denen man sich abspreche.

Auch die Polizei rechnet offenbar damit, dass Schülerstreik und Ende Gelände am kommenden Wochenende gemeinsame Sachen machen: In der vergangenen Woche verschickte die Polizei Aachen Briefe an Schulen in der ganzen Region, um davor zu warnen, bei den Blockaden von Ende Gelände mitzumachen.

„Nicht jeder wird am kommenden Wochenende mit in die Grube gehen, das ist auch okay“, sagt Mahlhaus. Dass 10.000 „Kiddies“, wie Mahlhaus die streikenden Schüler*innen nennt, plötzlich von der Demo aufbrechen und ohne Vorbereitung mit in die Grube kommen, ist für sie eine „Horrorvorstellung“. Natürlich freue sie sich über neue Leute. Aber die Aktion beruhe auf Vorbereitung. Einfach so mitzurennen, das könnte gefährlich werden.

Donnerstag, Hannover, ein Hinterhof im Allerweg. Acht Tage vor den Kohleprotesten treffen sich einige Jugendliche in den Räumen des Jugendverbands „Die Falken“, um ihre Teilnahme an Ende Gelände zu planen. Alle hier sind Schüler*innen, aber unvorbereitet zu sein, das wollen sie sich nicht vorwerfen lassen.

Bis alle eintrudeln, essen die pünktlich Gekommenen Nudeln mit Tomatensoße vom Vortag. Die 15-jährige Lina Haas schmeißt sich auf eines der durchgesessenen Sofas. Mit zwei Freundinnen hat sie im Januar die ersten Schülerstreiks in Hannover ins Leben gerufen. „Der

Anfang war total chaotisch“, erinnert sich Haas, die selbstbewusst auftritt und sich zurückhält, wenn alle durcheinanderreden. Im Februar wurde sie von Ministerpräsident Stephan Weil in die Staatskanzlei eingeladen, hinterher war sie enttäuscht: „Von den Politikern heißt es immer: ‚Wir wollen ja auch, das geht aber nicht, weil ...‘ “ Auch die immer gleichen Gesänge auf den Demos am Freitag kann Haas nicht mehr hören. Am Dienstag blockierten sie und ihre Freund*innen die Pferdeturmkreuzung für den Feierabendverkehr. Als ein Streifenwagen anrückte, setzte sich die Gruppe auf den Boden und stimmte den Rauch-Haus-Song von Ton Steine Scherben an.

Ende Gelände wird Lina Haas' erste „krasse Aktion“. Sie fürchtet sich vor Ärger mit der Polizei, deshalb will sie auch nicht, dass ihr richtiger Name in der Zeitung steht. „Aber ich bin so genervt und sauer, dass ich die Angst in Kauf nehme.“ Ihre Eltern unterstützen sie bei dem Vorhaben, finden das politische Engagement ihrer Tochter gut.

Bevor die Jugendlichen über die finale Planung sprechen, legen allen ihre Handys in einen anderen Raum. Dann stellt sich jeder mit seinem selbst gewählten Aktionsnamen vor. Ein Junge mit schulterlangen Haaren und Zahnsperre hat willkürlich die Seite seines Pflanzenbestimmungsbuchs aufgeschlagen und nennt sich „Bellis“, nach dem Gänseblümchen *Bellis perennis*.

Viele, die an Ende Gelände teilnehmen, verweigern bei Polizeikontrollen, ihre Identität preiszugeben. Auch Nike Mahlhaus in Berlin heißt anders. Letzten Herbst verklebte sie ihre Fingerkuppen mit Sekundenkleber. Es funktionierte: Als die Polizei alle Aktivist*innen, die mit dem Sonderzug aus Berlin gekommen waren, überprüfen wollte, konnten sie Mahlhaus' Fingerabdrücke nicht ablesen. Und weil zu viele mitmachten, konnte die Polizei sie nicht festhalten. Aber Mahlhaus will nicht nur deshalb anonym bleiben, um juristische Konsequenzen zu vermeiden. Sie will auch den Personenkult vermeiden, den es bei den Schülerstreiks gibt. „Bist du die Luisa Neubauer von Ende Gelände?“, wurde sie mal von Schüler*innen gefragt. Sie versteht, dass Symbolfiguren wie Thunberg und Neubauer wich-

tig sind: „Eine junge Frau, die sagt, was Sache ist, das transportiert etwas, das ist eben nicht die Vergangenheit, der alte weiße Mann.“ Aber den größeren Effekt habe immer die Gruppe. „Da kann man denken: Hey, da könnte ich dabei sein.“ Auf der Agenda in Hannover stehen noch die An- und Abreise („Habt ihr endlich alle gebucht?“), Polizei („Wann werden Fingerabdrücke genommen?“), Finanzen („Wie viel Bargeld nehmt ihr so mit?“) und Ausrüstung („Können wir Gaffa-Band schnorren?“). Zwischendurch fällt einem Mädchen auf, dass für das öffentliche Picknick nach der Fahrraddemo der Schüler*innen am nächsten Tag noch keine Lebensmittel gesammelt wurden. Zwei kurze Anrufe; Alnatura hat nur vergessen, zu antworten, und spendet sogar extra nachhaltige Lebensmittel. Der Einwurf „Wieso nicht die, die sonst weggeschmissen werden?“ wird übergangen. Haas ruft ihre Mutter an: „Das mit dem Auto geht klar.“ – Das Picknick ist gerettet.

Zurück in Berlin-Friedrichshain, wo das Bündnis von Ende Gelände die letzten Vorbereitungen fürs nächste Wochenende trifft. Mahlhaus sitzt unter einem Plakat, das auf Spanisch die Freiheit aller politischen Gefangenen fordert, um sie herum etwa 40 Aktivist*innen. Die Tagesordnung ist lang. Anders als bei den Schüler*innen ist hier alles sehr organisiert. Keiner quatscht rein, zwei moderieren, alle benutzen Handzeichen, um sich leise zu verständigen. Es gibt Arbeitsgruppen für Mobilisierung, Logistik, Finanzen.

Einmal war Mahlhaus bei einem Plenum der Schülerinnen, erzählt sie flüsternd, um die anderen nicht zu stören. „Das hat mich an die Schule erinnert. Total hierarchisch, aber chaotisch.“ Als noch Plakate geklebt werden sollten und keiner Lust und Zeit hatte, hieß es dort: Keiner verlässt den Raum. Ein paar Aktivist*innen von Ende Gelände haben dann das Plenum der Schüler*innen moderiert, mit Rednerinnenliste und Handzeichen. Skillsharing nennt Mahlhaus das.

Bleibt zum Schluss die Frage, ob die Klimabewegung nach dem kommenden Wochenende so harmonisch sein wird, wie sie jetzt den Eindruck vermittelt. Insbesondere, wenn es zu Polizeigewalt, Verhaftungen oder Ausschreitungen

kommt.

Diese Angst haben auch manche bei Fridays for Future. Schließlich laufen bei den Streiks auch Kitagruppen mit. Die will niemand in der Grube haben – weder Fridays for Future noch die Aktivist*innen von Ende Gelände.

Wenn alles gut läuft, kommt es am Wochenende nicht zu einer Spaltung der Bewegung. Dann könnte sich langfristig etwas etablieren, was Bewegungsforscher **Dieter Rucht** „Arbeitsteilung“ nennt. In der englischsprachigen Literatur gibt es den *radical flank effect* Luisa Neubauer verhandelt dann also mit Anne Will, später mit dem neuen Kanzler Robert Habeck, während die radikale Bewegung auf der Straße und in der Grube den nötigen Druck ausübt. „Das ist eine prekäre Verbindung, kann aber funktionieren“, sagt Rucht.

„Wir werden das Rheinland pickepackevoll machen“, sagt Mahlhaus. „Wenn ich nicht hinahre, ärgere ich mich den Rest des Jahres“, sagt Schieferstein. „Wir sind ungeduldig“, sagt Haas.

Kersten Augustin, 31, ist Redakteur der taz am wochenende.

Simon Wörz, 23, ist Autor der taz am wochenende.

Viel los am nächsten Wochenende

Fridays for Future

Seit Dezember letzten Jahres streiken freitags Schüler*innen in Deutschland und der ganzen Welt. Für kommenden Freitag, den 21. Juni, ruft die Bewegung zu einer zentralen Demo nach Aachen auf.

Ende Gelände

Das Bündnis organisiert seit 2015 Aktionen des zivilen Ungehorsams. Parallel zur Demonstration von Fridays for Future finden am kommenden Wochenende wieder Aktionen im Rheinischen Braunkohlerevier statt. In den vergangenen Jahren drangen Aktivist*innen in den Tagebau ein und blockierten die Gleise, mit denen Kohlekraftwerke von RWE versorgt werden

Und die taz?

Wir begleiten die Proteste wie bereits in den vergangenen Jahren: In der Zeitung, auf taz.de und mit Livestreams und Twitter. Bitte folgen: [@tazgezitscher](https://twitter.com/tazgezitscher)

Abbildung:

Aktivist*innen von Ende Gelände auf dem Weg zur Blockade im vergangenen Herbst

Fotograf:

Tim Wagner

Abbildung:

„Es reicht nicht mehr, nur auf die Straße zu gehen“, findet Lina Haas von Fridays for Future

Fotograf:

Nora Börding

Abbildung: Nike Mahlhaus von Ende Gelände im Oktober 2018. Dass Schüler*innen ohne Vorbereitung mit in die Grube kommen – für die Aktivistin eine „Horrorvorstellung“

Fotograf: Kersten Augustin

Wörter: 2459

Urheberinformation: TAZ Verlags- und Vertriebs GmbH

Ort: Deutschland, Nordrhein-Westfalen

© 2019 PMG Presse-Monitor GmbH

Seite: 43
 Ressort: Beruf und Chance
 Seitentitel: BERUF & CHANCE
 Mediengattung: Sonntagszeitung

Nummer: 24
 Auflage: 253.549 (gedruckt) 238.072 (verkauft)
 253.072 (verbreitet)
 Reichweite: 0,685 (in Mio.)

Wo bitte geht's nach oben?

Ohne Abi und Studium in die Chefetage: Aufsteigerbiografien aus der Wirtschaftswundergeneration wirken heute unerreichbar. Möglich sind Aufstiege aber immer noch - oft auf etwas andere Art.

Von Christina Brummer

So mancher kennt die Geschichte noch von den Großeltern. Die Geschichte eines Aufstieges. Sie beginnt so oder so ähnlich: "Nach dem Krieg haben wir ja nichts gehabt. Aber dann..." Die Aufsteigerbiografien aus der Wirtschaftswundergeneration wirken aus heutiger Perspektive unerreichbar. Der Weg - zum Teil bis in die Chefetage - schien beinahe reibungslos zu gelingen, auch ohne Abitur und Studium. Heute dagegen scheint er beschwerlicher geworden zu sein.

Wirklich? Untersucht hat diese Frage Nico Stawarz vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Er verglich die Arbeitseinstiegsgeschichten von Westdeutschen zu verschiedenen Zeiten. Er fand heraus, dass Berufsneulinge in ihrer Laufbahn in den Siebziger- und Achtzigerjahren eine geringere Zunahme des sozialen Ansehens erlebten als die Vergleichsgruppe zur Zeit des Wirtschaftswunders. Ein Grund dafür sei, dass die Arbeitnehmer in den Siebziger- und Achtzigerjahren schon von Beginn ihrer Karriere an im Schnitt in prestigeträchtigeren Berufen einsteigen. Heutzutage ist das sogar noch stärker der Fall: "Kinder erreichen heute zu Berufsbeginn durchschnittlich höhere Positionen als ihre Eltern", sagt Stawarz. "Über den Lebensverlauf gesehen, ist die berufliche Position jedoch relativ stabil, ebenso wie in der Elterngeneration." Man sehe auch, dass sogenannte "Kaminkarrieren", also Aufsteigerkarrieren innerhalb eines Unternehmens, seltener geworden seien. Das liege daran, dass viele Unternehmen Managementpositionen gern mit externen Kräften besetzten und viele Positionen im mittleren Management in den letzten Jahren abgebaut worden seien. "Der Aufstieg in bestimmte Managerbereiche ist für Interne also kaum mehr möglich",

so Stawarz. Wer aufsteige, entscheide sich in der Regel viel früher: "Die soziale Herkunft spielt noch immer eine Rolle", sagt der Soziologe. "Das Bildungssystem ist offener geworden, soziale Ungleichheiten bleiben jedoch relativ stabil."

Ulrich Walwei, kommissarischer Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), sagt, dass die Ausgangsfrage nach dem beschwerlicheren Aufstieg nicht pauschal beantwortet werden könne. Genaue Zahlen gebe es nicht. Wie schnell der Aufstieg gelingt, hängt immer auch von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ab, erläutert Walwei. Er gibt zu bedenken, dass die Voraussetzungen früher andere waren als heute. "Es gab damals schlicht nicht so viele Menschen mit einer solch hohen Bildung. Daher haben die Unternehmen die Arbeitskräfte eingestellt, die verfügbar waren." Zudem sei heutzutage vieles komplexer geworden. Schafft also nur mehr Bildung den Wettbewerbsvorsprung auf dem Arbeitsmarkt? Gibt es ihn nicht mehr, den Aufstieg durch Erfahrung?

Auch Stefan Höng aus Pullach bei München ist überzeugt, dass Karriere heute nicht mehr so einfach geht. "Heutzutage zählt das, was auf dem Papier steht", sagt der 23-Jährige. Er ist technischer Produktdesigner und lernte bei einem kleinen Betrieb. Gerade macht er eine Weiterbildung zum Techniker. Dafür hat er seinen Ausbildungsbetrieb verlassen, später möchte er sich sogar noch im kaufmännischen Bereich fortbilden. Er hofft auf einen Umstieg in die Industrie. Dort sei der Aufstieg leichter möglich. Man brauche aber die entsprechenden Titel. Die meisten seiner Klassenkameraden sehen es ähnlich.

Auch aus Sicht vieler Politiker wird angesichts der Digitalisierung lebenslanges Lernen immer wichtiger. Doch

sichern Weiterbildungen auch den Aufstieg? Das IAB hat zu dieser Frage eine Simulationsstudie gemacht. Die Arbeitsmarktforscher Christian Ebner und Martin Ehlert haben dabei die Fortbildungswege von 6000 Beschäftigten untersucht und festgestellt, dass Fortbildungen nicht zwangsläufig dafür sorgen, beruflich aufzusteigen. Im Gegenteil, die Fortgebildeten verharren meist auf ihren Positionen. Der Umkehrschluss: Fortbildungen sorgen für Jobsicherheit. Ein Aufstiegsmotor sind sie nicht immer.

Wer es jedoch wie Höng macht und noch einmal die Schulbank drückt, der kann möglicherweise durch einen Branchen- oder Betriebswechsel aufsteigen. Denn gerade im Handwerk sei eine steile Karriere oft schwer zu machen, stellen Fachleute fest; das liege vor allem an der Größe der Betriebe. Viele seien zu klein, um mehrere Meister als leitende Angestellte bezahlen zu können, sagt Katarzyna Haverkamp vom Institut für Mittelstand und Handwerk in Göttingen. Dem Handwerk entgehen so immer mehr wertvolle Fachkräfte. Das konnte Haverkamp in ihrer Studie von 2016 nachweisen. Seit Mitte der 90er-Jahre hat sich die Zahl der Handwerker, die im Handwerk bleiben, von 50 auf 40 Prozent reduziert. In manchen Branchen gehen zudem immer weniger Schulabgänger überhaupt erst ins Handwerk. Viele stiegen lieber gleich bei einem größeren Betrieb ein, sagt Haverkamp.

Und hat ein langsamerer Aufstieg auch mit der Tendenz zu befristeten Verträgen zu tun? Die gab es schließlich zu Großvaters Zeiten deutlich seltener. "Befristungen betreffen unter anderen Akademiker besonders häufig" sagt Walwei. "Das hängt damit zusammen, dass man sich von deren Kompetenzen erst einmal ein Bild machen muss."

Befristungen können daher auch eine Art verlängerte Probezeit sein." Ein Aufstieghemmnis sieht er in solchen Vertragsarten nicht, vor allem nicht für Menschen mit Berufsausbildung. Diese seien schon für eine bestimmte Tätigkeit voll qualifiziert und würden selte-

ner befristet eingestellt. Die Aussichten für Berufsgebildete scheinen vor diesem Hintergrund gut. Warum sich immer weniger für diesen Weg entscheiden, müsse hinterfragt werden, sagt Walwei. "Aus finanzieller Sicht gibt es kaum Gründe dafür." Handwerksmei-

ster verdienten nicht unbedingt schlechter als Absolventen mit Bachelor. Viele Absolventen wüssten zudem nicht, dass auch der Meister die Eintrittskarte für ein Studium ist.

Abbildung:

Foto Marc-Steffen Unger

Wörter:

835